

**BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE**  
**25. März 2015**

Seite 1

---

Zeile

1 **Antrag Nr. 1**

2  
3 Antragsteller: Kreisverband Herford

4  
5 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

6  
7 **Integration von Flüchtlingen und Einwanderern in unserer Region vernünftig**  
8 **und wirksam gestalten**

9  
10 Wir Freie Demokraten in Ostwestfalen-Lippe sprechen uns für eine humane Aufnah-  
11 me von Flüchtlingen in unserer Region aus. Sie sind uns ebenso herzlich willkom-  
12 men wie Einwanderer aus Staaten der Europäischen Union oder anderen Gegenden  
13 der Welt. Für eine vernünftige, wirksame Integration halten wir die in diesem **8-**  
14 **Punkte-Plan** enthaltenen Feststellungen und Maßnahmen für wichtig:

15  
16 1. Eine Massenunterbringung von Flüchtlingen in bestimmten Straßenzügen oder  
17 Gebäuden ist nicht die beste Lösung. Wir wollen eine möglichst **dezentrale Unterb-**  
18 **ringung** der Neuankömmlinge verwirklichen.

19  
20 2. Das große ehrenamtliche Engagement der heimischen Hilfsorganisationen und  
21 der breite **bürgerschaftliche Einsatz**, wie sie in den vergangenen Monaten überall  
22 in der Region erlebbar waren, verdienen noch mehr Anerkennung und politische Un-  
23 terstützung durch die Politik.

24  
25 3. Wir sind skeptisch, ob teure neue Forschungseinrichtungen, „kommunale 26 In-  
26 tegrationszentren“ und seitenlange „Integrationspläne“ entscheidende Beiträge für  
27 die **gesellschaftliche Integration** von Flüchtlingen und Einwanderern leisten kön-  
28 nen. Vielmehr sind der Arbeitsplatz, die Schule oder der Sportverein die Orte, wo  
29 Integration ganz praktisch geleistet wird und gelingt. Das Engagement der hier le-  
30 benden Menschen und die Eigeninitiative der Neuankömmlinge sind für eine dauer-  
31 hafte gesellschaftliche Integration entscheidend.

32  
33 4. Legal eingereiste Asylbewerber und geduldete Ausländer sollen von Beginn ihres  
34 Aufenthaltes an und ohne Vorrangprüfung bei uns **arbeiten dürfen**. Viele dieser  
35 Menschen bringen eine gute Schulausbildung oder einen qualifizierten Schulab-  
36 schluss mit. Es muss sichergestellt werden, dass jene Jugendlichen, die eine dreijäh-  
37 rige Berufsausbildung absolvieren, auch weitere zwei Jahre in Deutschland bleiben  
38 dürfen („humanitäres Bleiberecht“).

39  
40 5. Flüchtlinge und Einwanderer sollten **gut Deutsch sprechen und schreiben** ler-  
41 nen, damit sie sich in das Alltags- und Arbeitsleben integrieren können. Mangelnde  
42 Deutschkenntnisse und eine Vielsprachigkeit in der Öffentlichkeit erschweren den  
43 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Daher lehnen wir Forderungen nach einer allge-  
44 meinen Beschilderung öffentlicher Einrichtungen in weiteren Sprachen neben

# BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE

## 25. März 2015

Seite 2

---

### Zeile

1 Deutsch ebenso ab wie Überlegungen nach fremdsprachigen Behördenformularen  
2 oder gar ganzen Verwaltungsvorgängen. Wir Freie Demokraten wollen vielmehr er-  
3 reichen, dass Menschen nicht-deutscher Herkunft von Beginn ihres Aufenthaltes an  
4 kostenfreie Sprachlernangebote erhalten. Auch aus bürgerrechtlichen Gründen be-  
5 stehen wir auf der Beibehaltung von **Deutsch als alleiniger Amtssprache**. Gleich-  
6 zeitig setzen wir uns dafür ein, die heute noch immer in schwer verständlichem „Be-  
7 amtendeutsch“ gehaltenen Formulare, Bescheide und weitere Korrespondenz der  
8 öffentlichen Verwaltung in einfacherem Deutsch für die Bürgerinnen und Bürger ver-  
9 ständlicher zu gestalten. Auch sollten englischsprachige Urkunden anderer EU-  
10 Staaten auch ohne Übersetzung ins Deutsche unbürokratisch anerkannt werden  
11 können.

12  
13 6. Der öffentliche Dienst und damit auch die Kommunalverwaltungen sollen allen  
14 qualifizierten Frauen und Männern offen stehen. Wir unterstützen eine Öffentlich-  
15 keitsarbeit und Informationsangebote, die Menschen nicht-deutscher Herkunft er-  
16 muntern, ihre **beruflichen Chancen im öffentlichen Dienst** zu suchen. Eine Privile-  
17 gierung bei Einstellungsverfahren und ähnliche Überlegungen, die auf Dauer auf eine  
18 „Migrantenquote“ hinauslaufen könnten, halten wir mit Rücksicht auf die berufliche  
19 Chancengleichheit und die Leistungsfähigkeit unserer Kommunalverwaltungen für  
20 einen Irrweg. Sinnvoll dagegen wäre, 60 die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öf-  
21 fentlichen Dienst mit geeigneten Schulungsmaßnahmen fortzubilden, damit sie es  
22 leichter haben, kompetent und sensibel mit Menschen aus anderen Kulturkreisen  
23 umgehen zu können.

24  
25 7. **Kultureller und religiöser Radikalismus** gefährdet das friedliche Zusammenle-  
26 ben in unserer Region. Gewalttätige Übergriffe und Konflikte auf unseren Straßen,  
27 wie zwischen Salafisten und Kurden im Jahre 2014 in Herford, werden von uns nicht  
28 akzeptiert. Wir unterstützen die Arbeit der Polizei und des Verfassungsschutzes, Be-  
29 strebungen Einzelner gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die  
30 öffentliche Sicherheit entgegenzutreten. Die rechtzeitige Festnahme salafistischer  
31 Gefährder in der Region verdient große Anerkennung. Wir unterstützen Gesprächs-  
32 prozesse, wie den Herforder Dialog zwischen muslimischen Vereinen, Moscheege-  
33 meinden, Kommunen und Sicherheitsdiensten, um mehr Transparenz in solche Vor-  
34 gänge zu bringen und die Eigeninitiative der Muslime gegen radikale Bestrebungen  
35 in ihren Reihen zu fördern.

36  
37 8. **Straffällig gewordenen Ausländern** muss klar sein, dass sie nicht bei uns blei-  
38 ben können und ausgewiesen werden. Diese Kriminellen gefährden die gesellschaft-  
39 liche Akzeptanz aller Flüchtlinge und Einwanderer und stören das friedliche Zusammen-  
40 leben in unserem Land. Wir Freie Demokraten fordern, dass bei einer Verurtei-  
41 lung zu einem Jahr Haft oder länger ohne Bewährung zwingend eine Ausweisung  
42 erfolgt. Das Aufenthaltsgesetz ist entsprechend zu reformieren.

43  
44 Begründung: erfolgt mündlich

45

**BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE**  
**25. März 2015**

Seite 3

---

Zeile

1 **Antrag Nr. 2**

2  
3 **Antragsteller: Kreisverband Minden-Lübbecke**

4  
5 **Eine wehrhafte Demokratie braucht handhabbares Rüstzeug!**

6  
7 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

8  
9 Das Strafgesetzbuch (StGB) wird um den Tatbestand zur Strafbarkeit des „Aufrufs zu  
10 aus religiösen Gründen motivierter/legitimierter Gewaltanwendung“ zum Beispiel  
11 beim „Aufruf zum Jihad“ ergänzt.

12  
13 Begründung:

14  
15 Die Ereignisse in Syrien und im Irak, vor allem aber die Terrorakte beim französi-  
16 schen Satiremagazin „Charlie Hebdo“ sowie die Geiselnahmen in Paris nähren die  
17 Angst vor islamistischem Terror in Europa und damit auch in Deutschland. Die politi-  
18 schen und gesellschaftlichen Reaktionen auf die Vorkommnisse in Frankreich sind  
19 beeindruckend: Menschen weltweit bekunden ihre Trauer und ihr Mitgefühl mit den  
20 Opfern und deren Angehörigen und setzen ein Zeichen für Demokratie und Mei-  
21 nungsfreiheit. Gleichzeitig versuchen aber auch antidemokratische Kräfte die Ängste  
22 der Menschen für ihre Zwecke zu vereinnahmen.

23  
24 Freiheit und Demokratie müssen mit den Mitteln des Rechtsstaates verteidigt wer-  
25 den. Angst ist dabei ein schlechter Ratgeber. Die uns durch die Ereignisse in Paris  
26 vor Augen geführte Verletzlichkeit unserer Wertegemeinschaft sollte daher Anlass  
27 sein, in aller Ruhe und mit der gebotenen Sachlichkeit über die Abwehr- und Vertei-  
28 digungsfähigkeit unseres Rechtsstaates nachzudenken.

29  
30 Hierbei zeigt sich, dass der Bedarf zur Präzisierung des Strafrechts durchaus vor-  
31 handen ist: Denn das geltende Strafrecht stellt den bloßen „Aufruf zu aus religiösen  
32 Gründen motivierter/legitimierter Gewaltanwendung“ zum Beispiel beim „Aufruf zum  
33 Jihad“ nicht unter Strafe, sofern sich die Aufforderung nicht gegen eine nationale,  
34 rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen  
35 Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu  
36 einer vorbezeichneten Gruppe richtet. In unserer Wertegemeinschaft darf aber kein  
37 Platz sein für jegliche Hetze gegen Gruppen jeglicher Art. Eine Präzisierung des  
38 Strafgesetzbuches um den Tatbestand zur Strafbarkeit des "Aufrufs zu aus religiösen  
39 Gründen motivierter/legitimierter Gewaltanwendung“ zum Beispiel beim „Aufruf zum  
40 Jihad“ gibt unserem Rechtsstaat ein notwendiges Mittel an die Hand, auch gegen  
41 verbale Angriffe auf unsere Freiheit und unsere Demokratie zu reagieren.

42  
43 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

44

Zeile

1 **Antrag Nr. 3**

2  
3 **Antragsteller: Kreisverband Minden-Lübbecke**

4  
5 **Wohneigentum muss bezahlbar bleiben – NRW braucht eine Grundsteuer-Bremse**

6  
7 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

8  
9 Die Landesregierung wird aufgefordert, mit Bezugnahme auf § 26 GrStG eine tragbare  
10 Obergrenze für die Grundsteuer B gutachterlich ermitteln zu lassen - wobei die  
11 kommunalen Spitzenverbände dabei bereits im Vorfeld der Gutachtenvergabe zu  
12 beteiligen und in den Prozess einzubinden sind - und dem Landtag einen Gesetz-  
13 entwurf zur Begrenzung der Hebesätze für die Grundsteuer B in Nordrhein-Westfalen  
14 gemäß § 26 GrStG vorzulegen.

15  
16 Begründung:

17  
18 Dichtheitsprüfung, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer B – Wohneigentum wird durch  
19 die derzeitige Politik der Landesregierung immer mehr zu einer hohen finanziellen  
20 Belastung, insbesondere für junge Familien und Rentner. Vor dem Hintergrund einer  
21 zu geringen Finanzausstattung der Kommunen durch das Land ist zu befürchten,  
22 dass vielerorts über eine Erhöhung der Grundsteuer B nachgedacht beziehungsweise  
23 eine solche vollzogen wird. Dies würde nicht nur Besitzer von Wohneigentum treffen,  
24 sondern auch Mieter, da der Vermieter die Kosten für die Grundsteuer B an diesen  
25 weitergeben kann.

26  
27 Die Höhe der Grundsteuer B nimmt dabei zuweilen exorbitante Ausmaße an. So wird  
28 derzeit zum Beispiel in der Stadt Overath eine Erhöhung der Grundsteuer B auf  
29 1.029 Punkte diskutiert. Das entspräche einer Verdoppelung des bisher geltenden  
30 Satzes. Und auch Selm und Haltern am See haben ihre Grundsteuer B mit je 825  
31 Prozentpunkten fast verdoppelt. Die Großstadt Duisburg legt noch einen Gang zu  
32 und stellt mit 855 Prozentpunkten einen neuen unrühmlichen Rekord auf. Bergneustadt  
33 wiederum plant, Duisburg mit 1.255 Prozentpunkten zu überbieten. Bei einem  
34 Bundesdurchschnitt von 351 Prozentpunkten ist NRW längst zum Hochsteuerland  
35 avanciert. Das kostet Wettbewerbsfähigkeit und belastet die Bürgerinnen und Bürger  
36 über Gebühr.

37  
38 Das Land Nordrhein-Westfalen verfügt durch das Grundsteuergesetz des Bundes  
39 (GrStG) über die Möglichkeit, eine Höchstgrenze für Realsteuerhebesätze festzusetzen.  
40 Hiervon muss es im Interesse der Menschen, die durch erzwungene Steuererhöhungen  
41 zu Ausfallbürgen einer verfehlten Finanzpolitik des Landes gemacht werden,  
42 Gebrauch machen.

43  
44 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

**BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE**  
**25. März 2015**

Seite 5

---

**Zeile**

1    **Antrag Nr. 4**

2

3    **Parteitagsstrukturen modernisieren!**

4

5    Antragssteller: Junge Liberale (JuLis) Ostwestfalen-Lippe

6

7    Der Bezirksparteitag möge beschließen:

8

9    Die FDP Ostwestfalen-Lippe fordert die Bundes- und die Landespartei auf, allen  
10   Mitgliedern das Rederecht auf Bundes- und Landesparteitagen zu gewähren.

11

12   Die aktuellen Parteitagsstrukturen führen zu einem starren Machtkonstrukt von Man-  
13   dats- und Amtsträgern. Für die notwendige Belebung des innerparteilichen Diskurses  
14   muss sich die Partei allerdings seinen Mitgliedern öffnen. Basismitgliedern muss er-  
15   möglichst werden, sich und ihre Expertise auf Parteitagen einzubringen. Die aktive  
16   Beteiligung an der Parteiarbeit wird jedoch durch die aktuell vorherrschenden Partei-  
17   tagsstrukturen stark eingeschränkt.

18

19   Weiterhin fordert die FDP Ostwestfalen-Lippe, sowohl den Bundes- als auch den  
20   Landesvorsitzenden im Urwahlverfahren wählen zu lassen.

21

22   Die Parteivorstände werden angehalten, die zu diesem Zweck notwendigen Anpas-  
23   sungen der Satzungen und Geschäftsordnungen zeitnah zu erarbeiten.

24

25

26

26    **Begründung:**

27    erfolgt mündlich.

28

29

30

31

32

33

34

35

36

**BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE**  
**25. März 2015**

Seite 6

---

Zeile

1 **Antrag Nr. 5**

2

3

4 **Subsidiarität auch innerhalb der FDP – Sonderumlage ablehnen**

5

6 Antragssteller: FDP-Stadtverband Rheda-Wiedenbrück

7

8 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

9

10 Die FDP in Ostwestfalen-Lippe lehnt die geplante Änderung der Finanz- und Bei-  
11 tragsordnung (FiBeiO) ab, die es dem Bundesverband ermöglicht, Sonderumlagen  
12 der Gliederungen zu beschließen.

13

14 Im Falle einer erfolgreichen Satzungsänderung lehnt der Bezirksparteitag die Einfüh-  
15 rung einer Sonderbeitragsumlage in Höhe von 25 Euro pro Jahr pro Mitglied von den  
16 Kreisverbänden an den Bundesverband, wie sie derzeit vom Bundesvorstand initiiert  
17 wird, ab.

18

19 Der Bezirksparteitag fordert alle Delegierten zum Bundesparteitag auf, dies in ihrem  
20 Abstimmungsverhalten zu berücksichtigen.

21

22 **Begründung:**

23

24 Durch die geplante Sonderbeitragsumlage sollen die Kosten, die der Partei im Rah-  
25 men des neuen Corporate Designs und durch die folgenden Wahlkämpfe entstehen,  
26 gedeckt werden. Nach ersten Informationen (Schatzmeister-Konferenz am  
27 28.02.2015 in Magdeburg) soll durch einen Sonderbeitrag in Höhe von 25 Euro pro  
28 Jahr pro Mitglied von den Kreisverbänden an den Bundesverband ein Gesamtbetrag  
29 von 5 Millionen Euro generiert werden. Hiervon sollen zehn Landtags- und zwei  
30 Kommunalwahlkämpfe finanziert werden.

31

32 Der Betrag von 5 Millionen Euro scheint dabei willkürlich gewählt zu sein und steht in  
33 keinem Zusammenhang zu einer zu erbringenden Leistung der zuständigen Agentu-  
34 ren. Weiterhin ist nicht bekannt, nach welchem Schlüssel das Geld auf die einzelnen  
35 Landesverbände verteilt wird. Die Zuweisung soll fallweise durch den Bundesver-  
36 band erfolgen. Die Antragssteller erkennen hier die Gefahr, dass der Bundesverband  
37 massiv und willkürlich in die Finanzausstattung der Landesverbände eingreift. Dies  
38 ist mit den liberalen Grundsätzen von Eigenverantwortung und Subsidiarität nicht  
39 vereinbar. Das Subsidiaritätsprinzip innerhalb der FDP würde durch eine entspre-  
40 chende Sonderumlage auf den Kopf gestellt. Bislang sind die Stadt-, bzw. Kreisver-  
41 bände für den Beitragseinzug verantwortlich und leiten entsprechende Umlagen an  
42 die übergeordneten Gliederungen weiter.

43

# BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE

## 25. März 2015

Seite 7

---

### Zeile

1 25 Euro pro Jahr pro Mitglied sind für die Kreisverbände ein nicht leistbarer Betrag.  
2 In der Praxis führt dies dazu, dass für den Kommunalwahlkampf angesparte Vermö-  
3 genswerte der Stadt- und Kreisverbände abgeführt werden müssen. Dies führt zu  
4 einem Motivationsverlust für alle ehrenamtlich Tätigen vor Ort, die unter einer sol-  
5 chen Maßnahme leiden. Im Falle einer Erhöhung der Mitgliedsbeiträge werden Aus-  
6 tritte in nicht unerheblichem Maße befürchtet, die die Arbeit vor Ort weiter erschwe-  
7 ren würde.

8  
9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

**BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE**  
**25. März 2015**

Seite 8

---

Zeile

1 **Antrag Nr. 6**

2  
3 **Betr.: Medizinische Fakultät für Ostwestfalen-Lippe**

4  
5  
6 **Antragsteller: KV Höxter**

7  
8 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

9  
10 Die FDP-Ostwestfalen Lippe fordert die Einrichtung einer Medizinischen Fakultät in  
11 Bielefeld

12  
13 **Begründung**

14 Die ärztliche Versorgung in Ostwestfalen-Lippe (OWL) ist mittelfristig gefährdet.  
15 Nach Schätzungen der Ärztekammer Westfalen-Lippe werden in den nächsten 15  
16 Jahren in OWL bis zu 3.500 Ärztinnen und Ärzte altersbedingt aus ihrer Tätigkeit  
17 ausscheiden. Davon werden ca. 30% der Krankenhausärzteschaft und ca. 63% der  
18 ambulant tätigen Ärzteschaft betroffen sein. Der Ersatzbedarf in OWL ist jetzt schon  
19 absehbar überdurchschnittlich hoch und wird noch höher ausfallen.

20  
21 Die Versorgungsproblematik in OWL hat sicher viele Gründe, als eine ihrer zentralen  
22 Ursachen kann aber die ungleiche Verteilung universitärer Kapazitäten zwischen  
23 den Landesteilen (5 Standorten in Nordrhein stehen lediglich 2 Standorte in Westfa-  
24 len-Lippe gegenüber) angesehen werden. Aktuelle Studien belegen, dass Medizini-  
25 sche Fakultäten die Bereitschaft erhöhen, nach dem Studium ihre Weiterbildung vor  
26 Ort aufzunehmen und damit in der Region der Universität ärztlich tätig zu werden  
27 (sog. Klebe-Effekt.)

28  
29 Nur eine Medizinische Fakultät kann als einzig wirksame Lösung für die oben an-  
30 gesprochenen Versorgungsprobleme angesehen werden. Um einen wirksamen „Kle-  
31 be-Effekt“ zu erzielen, müssen die Studentinnen und Studenten ausreichend lange in  
32 der Region bleiben, um diese besser kennenzulernen und ausreichend soziale Kon-  
33 takte zu knüpfen. Das 6 Jahre lange Studium bietet hierfür bessere Voraussetzungen  
34 als die „Dependance-Lösung“, bei der die Studierenden einen deutlich kürzeren Zeit-  
35 raum vor Ort sind. Eine Medizinische Fakultät bietet deshalb eine höhere Wahr-  
36 scheinlichkeit, dass junge Ärztinnen und Ärzte auch nach dem Studium in unserer  
37 Region bleiben, hier ihre Weiterbildung aufnehmen und sich idealerweise dann in  
38 OWL niederlassen oder eine Karriere im Krankenhaus anstreben. Da Studium und  
39 Weiterbildung mindestens 10 Jahre dauern, ist eine schnellstmögliche Realisierung  
40 des Projektes anzustreben.

41  
42 Weitere Begründung mündlich.

43  
44



**BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE**  
**25. März 2015**

Seite 9

---

Zeile

1 **Antrag Nr. 7**

2

3

4 Antragssteller: Bezirksvorstand FDP OWL

5

6

7 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

8

9

**Freiheit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk**

10

11 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist zu innovationsfeindlich, zu  
12 groß, zu teuer, intransparent organisiert und zu einer Beute der Parteien geworden.  
13 Die Freien Demokraten fordern eine grundsätzliche Reform des öffentlich-rechtlichen  
14 Rundfunks:

15

- 16 1. Der Programmauftrag ist auf seine Kernaufgaben zu reduzieren. Der bislang un-  
17 bestimmte Begriff der Grundversorgung ist unter Einhaltung der verfassungs-  
18 rechtlichen Mindestvorgaben zu definieren.
- 19 2. Dieser Auftrag soll durch eine Stiftung nach dem Neuseeländischen Modell erfol-  
20 gen. Diese Stiftung wird durch eine Überführung der Vermögenswerte des öffent-  
21 lich-rechtlichen Rundfunks begründet.
- 22 3. Unter diesen Voraussetzungen kann der Rundfunkbeitrag abgeschafft werden.

23

24

25 Begründung:

26

27 Aufgrund technischer Restriktionen (geringe Anzahl von Frequenzen, hohe Investiti-  
28 onskosten) wurde das Rundfunk- und Fernsehsystem der Bundesrepublik Deutsch-  
29 land nach dem zweiten Weltkrieg analog zu dem Großbritanniens organisiert. Da ei-  
30 ne Anbietervielfalt wie im Pressebereich nicht zu erzielen war, sollte Meinungs-  
31 pluralität durch die Repräsentanz gesellschaftlicher Gruppen innerhalb öffentlich-  
32 rechtlicher Anstalten gewährleistet werden. Spätestens durch die Einführung digitaler  
33 Übertragungstechnik und der dadurch nahezu unbegrenzten Anzahl möglicher Fern-  
34 sehkanäle ist die Notwendigkeit, auf diese Weise Meinungsvielfalt zu erzeugen, nun  
35 aber nicht mehr gegeben.

36

37 Vielmehr ist festzustellen, dass die im internationalen Vergleich einzigartig üppige  
38 finanzielle Ausstattung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Deutschlands die An-  
39 bietervielfalt mittlerweile massiv behindert. Zwischen 2013 und 2016 wird der öffent-  
40 lich-rechtliche Rundfunk über 31 Milliarden Euro an Rundfunkbeiträgen einnehmen.  
41 Damit werden inzwischen 34 Fernsehprogramme und 58 Radioprogramme von ARD,  
42 ZDF, arte und Deutschlandradio finanziert. Deutschland leistet sich damit das teuers-  
43 te öffentlich-rechtliche Fernsehen der Welt. Mit diesen finanziellen Ressourcen kann  
44 kein privat finanziertes Anbieter in Deutschland mithalten.

# BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE

## 25. März 2015

Seite 10

---

### Zeile

1  
2 Ohne die Notwendigkeit, ihre Ausgaben refinanzieren zu müssen, können ARD und  
3 ZDF die Preise für Sportrechte, attraktive Filme, Moderatorengehälter usw. hochtreiben  
4 und private Anbieter so aus dem Markt drängen. Diese Verdrängungseffekte bleiben  
5 nicht nur auf den Fernsehmarkt beschränkt: Die öffentlich-rechtlichen Internetange-  
6 bote erschweren es den nahezu vollständig von rückläufigen Auflagen und Anzei-  
7 generlösen betroffenen Zeitungen und Zeitschriften, auf digitalem Übertragungsweg  
8 nachhaltige Geschäftsmodelle mit journalistischen Inhalten zu etablieren. Da ARD  
9 und ZDF derartige Inhalte umsonst und werbefrei im Netz zur Verfügung stellen, be-  
10 fördern sie so die Krise der Zeitungen und sind damit zu einer Gefahr der Medienviel-  
11 falt geworden. Gleichzeitig zwingt der Staat alle Menschen zur Beitragszahlung, auch  
12 wenn diese das Angebot nicht nutzen wollen.

13  
14 Durch die öffentlich-rechtliche Organisation von ARD und ZDF sollte ein Staatsfern-  
15 sehen wie in einigen südeuropäischen Staaten vermieden werden. Dieses ist vom  
16 Bundesverfassungsgericht 1961 auch explizit als verfassungswidrig beurteilt worden.  
17 In der Praxis muss aber angesichts der kaum verhohlenen Dominanz von Union und  
18 SPD in den Rundfunkräten von einem „Fernsehen der großen Parteien“ gesprochen  
19 werden. Die Macht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die durch die Vielzahl von  
20 Sendern und Programmen und deren finanzielle Ausstattung begründet ist, führt zur  
21 parteipolitischen Günstlingswirtschaft. Keine Führungskraft wird heute mehr ohne  
22 Parteiproporz bei ARD und ZDF vergeben. Auch institutionell löst das öffentlich-  
23 rechtliche Rundfunksystem daher das Versprechen der Förderung der Meinungsfrei-  
24 heit nicht ein. Das Zusammenspiel zwischen Meinungsmacht und Gesetzgebungs-  
25 macht konnte zuletzt an der massiven Gebührenerhöhung bei der Umstellung vom  
26 Gebühren- zum Beitragskonzept beobachtet werden.

27  
28 In Neuseeland schließen öffentlich geförderte Sendungen Lücken im Marktangebot.  
29 Für Sendungen von besonderem gesellschaftlichem Interesse können Veranstalter  
30 und Produktionsfirmen von NZonAir finanzielle Unterstützung beantragen. Anders als  
31 im dualen Fernsehsystem werden so nur einzelne Sendungen, nicht jedoch ein gan-  
32 zer Veranstalter öffentlich finanziert.

33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45

Zeile

1    **Antrag Nr. 8**

2  
3    **Antragsteller: Kreisverband Minden-Lübbecke**

4  
5    **„Mindestlohndokumentationspflichten-Einschränkungs-Verordnung (MiLodo-**  
6    **kEV)“ abschaffen – Bürokratiewahnsinn stoppen!**

7  
8    **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

9  
10   Die FDP fordert die sofortige Abschaffung der Mindestlohndokumentationspflichten-  
11   Einschränkungs-Verordnung (MiLodokEV).

12  
13   Begründung:

14  
15   Seit Inkrafttreten des Mindestlohns zum Jahresbeginn 2015 gilt im Hinblick auf des-  
16   sen Umsetzung und Einhaltung die sogenannte „Mindestlohndokumentationspflich-  
17   ten-Einschränkungs-Verordnung (MiLodokEV)“. In vielen Branchen müssen jetzt,  
18   auch bei Mini-Jobbern, Beginn, Umfang und Ende der tagtäglichen Arbeitszeit detail-  
19   genau erfasst werden. Zugleich sind diese zu erstellenden Dokumente für die Dauer  
20   von zwei Jahren zu archivieren.

21   Diese Verordnung produziert einen gigantischen Bürokratiewahnsinn und kostet per-  
22   sonelle und damit finanzielle Ressourcen, die dann besonders kleineren und mittlere-  
23   ren Unternehmungen fehlt, wenn es darum geht, investive Maßnahmen oder perso-  
24   nelle Neueinstellung zu stemmen.

25   Zugleich überzieht diese Verordnung die Akteure auf dem Arbeitsmarkt mit Misstrau-  
26   en: Vertrauensarbeitszeiten oder auch das insbesondere bei in der Kinderbetreuung  
27   darauf angewiesenen Beschäftigten besonders beliebte sogenannte Homeoffice wird  
28   in der Praxis schwieriger umzusetzen sein, da sich derart flexible Modelle im Hinblick  
29   auf die Arbeitszeit nur schwer minutenexakt feststellen lassen.

30  
31   Weitere Begründung erfolgt mündlich.

32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44

Zeile

1 **Antrag Nr. 9**

2

3 **Betr.: Ausbau B64**

4

5

6 **Antragsteller: KV Höxter**

7

8

9 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

10 Die FDP-Ostwestfalen Lippe fordert den Ausbau der B64 schnellstmöglich abzu-  
11 schließen

12

13 **Begründung**

14 Der Kreis Höxter ist als ländlich geprägte, am Rande Nordrhein-Westfalens gelegene  
15 Region auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen, um für Unternehmen und  
16 Arbeitssuchende als attraktiver Standort angesehen zu werden. Seit über 50 Jahren  
17 ist der Ausbau der B64 von Paderborn nach Höxter in der Planung und Ausführung.  
18 Seit Jahren stockt die Umsetzung der Ortsumgehung von Ottbergen und Godelheim,  
19 so dass der B64-Ausbau nicht zum Abschluss kommen kann. Waren es erst die  
20 Kammolche, sind es jetzt die Schlingnattern, die den Abschluss verzögern. Für  
21 über eine Million Euro müssen die Schlingnattern umquartiert werden. Danach wird  
22 eine 5-jährige Beobachtungsphase folgen, die den Erfolg der Umsiedlung belegen  
23 soll. Zu befürchten ist, dass der B64-Ausbau letztlich nicht mehr realisiert wird. Diese  
24 Befürchtung stellt sich umso mehr, da zukünftig nur noch 30% (anstatt 70%) der  
25 Strassenverkehrsmittel für Neubaumaßnahmen ausgegeben werden sollen.

26 Der Verzicht auf eine Verbesserung der Infrastruktur im Interesse der Mobilität zu-  
27 gunsten der Durchsetzung ökologischer Belange kann die wirtschaftliche Existenz  
28 dieser Region gefährden. Sinnvolle Alternativen wurden mit Hinweis auf EU-Recht  
29 überhaupt nicht in Betracht gezogen. Wir Liberalen fordern einen fairen Kompromiss,  
30 der als Ziel den schnellstmöglichen Ausbau der B64 haben muss, um den betroffe-  
31 nen Bürgerinnen und Bürgern endlich die verkehrsbedingten Belastungen zu erspa-  
32 ren und der Region eine zukunftsfähige Verkehrsanbindung ermöglicht.

33

34 Weitere Begründung mündlich.

35

36

37

38

39

Zeile

1 **Antrag Nr. 10**

2

3

4 **Antragsteller: Kreisverband Paderborn**

5

6 **Neues Jagdrecht – Falsche Fährte! Bevormundung stoppen – Artenschutz**  
7 **stärken**

8

9 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

10

11 1. Die Freien Demokraten in Ostwestfalen-Lippe erkennen die Leistungen der Jäge-  
12 rinnen und Jäger für die Artenvielfalt, den Artenschutz, die Wiederansiedlung und  
13 Erhalt gefährdeter Tierarten, der Fallwildbeseitigung, der Umweltpädagogik sowie  
14 den Schutz der Forst- und Landwirtschaft vor Wildschäden und Seuchen in unserer  
15 Region an. Jagd ist gelebter Naturschutz und gehört mit ihrer Tradition zum gesell-  
16 schaftlichen Selbstverständnis in ganz  
17 Ostwestfalen-Lippe.

18

19 2. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Gesetzentwurf zum neuen Jagdrecht  
20 in der vorliegenden Form zurückzunehmen. Vor allem die Fallenjagd auf Raubwild  
21 sowie die Baujagd auf Füchse müssen zum Schutz der Niederwildreviere in unserer  
22 Region auch in Zukunft möglich sein.

23

24 3. Die Freien Demokraten in Ostwestfalen-Lippe sprechen sich entschieden gegen  
25 eine Wiedereinführung der Jagdsteuer aus.

26

27 Begründung:

28

29 Ostwestfalen-Lippe ist dank eines funktionierenden Jagdsystems, bei dem die  
30 Hauptverantwortung für die Wildbewirtschaftung und den Naturschutz in die Hände  
31 der Jäger und Grundeigentümer gelegt ist, eine wildreiche Region.

32 Die Jägerinnen und Jäger sind hier seit Jahrzehnten der Garant für artenreiche und  
33 vitale Bestände wildlebender Tiere. Durch sinnvolle Hege und Pflegemaßnahmen  
34 haben sich die Jägerinnen und Jäger große Verdienste um die Artenvielfalt, den Ar-  
35 tenschutz, die Wiederansiedlung und Erhalt gefährdeter Tierarten sowie den Schutz  
36 der Forst- und Landwirtschaft vor Wildschäden und Seuchen erworben.

37 Jagd ist verlässlicher Naturschutz. Die bestehende Jagdgesetzgebung gewährleistet  
38 den Schutz des Wildes und des Waldes sowie eine sachgerechte und tierschutzge-  
39 rechte Ausübung der Jagd. Die wesentlichen Elemente sind die Pflicht zur Waidge-  
40 rechtigkeit und Hege. Damit zeichnet sich das bestehende Jagdgesetz durch einen  
41 verantwortungsvollen Umgang des Menschen mit den Tieren aus.

42 Die rot-grüne Landesregierung will erhebliche Einschränkungen im bestehenden und  
43 bewährten Jagdrecht für Nordrhein-Westfalen vornehmen und hat dazu einen Ge-  
44 setzentwurf vorgelegt. Dieser greift tief in die Eigentumsrechte der Grundbesitzer ein

# BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE

## 25. März 2015

Seite 14

---

### Zeile

1 und droht die bewährte Partnerschaft von Jägern, Landwirten, Waldbauern und  
2 Grundeigentümern in Ostwestfalen-Lippe zu zerstören.  
3 Vor allem die Wiedereinführung der von FDP und CDU im Jahr 2009 abgeschafften  
4 Jagdsteuer ist unter diesen Voraussetzungen nicht gerechtfertigt. Die Jägerinnen  
5 und Jäger kommen bereits mit ihrem gesetzlichen Hege und Pflegeauftrag ihrer Ver-  
6 pflichtung gegenüber der Allgemeinheit nach und erbringen darüber hinaus erhebli-  
7 che weitere Leistungen, die im öffentlichen Interesse liegen. Dazu zählt die Fallwild-  
8 beseitigung, die der kommunalen Familie in OWL hohe Kosten für die Entsorgung  
9 erspart und reibungslos funktioniert, der Biotop- und Artenschutz sowie die Umwelt-  
10 bildung z.B. mit rollenden Waldschulen. Kein anderes ehrenamtliche Engagement für  
11 die Natur und Gesellschaft wird in Deutschland mit einer Steuer belegt.

12  
13 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45

**BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE  
25. März 2015**

Seite 15

---

**Zeile**

1    **Antrag Nr. 11**

2  
3

4    **Gesellschaftliche Leistung der Jäger anerkennen**

5  
6

Antragsteller: Kreisverband Herford

7  
8

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

9  
10

Die Freien Demokraten sprechen sich klar gegen die Wiedereinführung der Jagdsteuer in Ostwestfalen-Lippe aus. Vielmehr verdienen die Jäger für Ihre ehrenamtliche Tätigkeit bei der Hege und Pflege sowie der Beseitigung von Unfallwild volle gesellschaftliche Anerkennung.

11  
12  
13

1    Begründung: erfolgt mündlich

14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44

**Zeile**

1 **Antrag Nr. 12**

2  
3 Betr.: Freihandelsabkommen TTIP

4  
5  
6 Antragstellerin : Gudrun Kopp

7  
8 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

9  
10 **Freihandelsabkommen TTIPP birgt vor allem Chancen für Wirtschaft und Ver-**  
11 **braucher**

12  
13 Wir Freie Demokraten befürworten GRUNDSÄTZLICH das geplante Freihandelsab-  
14 kommen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIPP)  
15 zwischen der EU und den USA. Zusammen bilden beide Partner den größten bilate-  
16 ralen Wirtschaftsraum und machen 45 Prozent des weltweiten Bruttosozialproduktes  
17 (BIP) sowie 44 Prozent des Welthandels in Waren und Dienstleistungen aus.

18 Wir erwarten, dass das Abkommen vor allem wirtschaftliche und geopolitische Chan-  
19 cen beinhaltet, vor allem im Wettbewerb mit dem asiatischen Raum. TTIPP soll ein  
20 umfassendes Handelsabkommen werden, das neben der Beseitigung von Zöllen und  
21 anderen Handelsbarrieren, eben den bilateralen Handel fördern und Beschäftigung  
22 und Wohlstand steigern wird. Die Unternehmen sollen von einem verbesserten  
23 Marktzugang und erhöhten Skaleneffekten profitieren; die Verbraucher von niedrige-  
24 ren Preisen. Weitere Ziele sind:

- 25 ➤ Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit
- 26 ➤ Steigerung von Produktivität, Innovationen, technischem Fortschritt
- 27 ➤ Regelungen schaffen für Investitionen, öffentliches Auftragswesen, elektroni-  
28 schen Handel,  
29 geistiges Eigentum
- 30 ➤ Harmonisierung / Vereinfachung von Normen und Standards im Produktions-  
31 ablauf sowie bei Mehr-Tests und Zertifizierungsverfahren
- 32 ➤ Angleichung technischer Standards (TBT)
- 33 ➤ Erleichterung von internationalen Produktionsnetzwerken zw. den Handels-  
34 partnern .

35 Die FDP fordert allerdings im laufenden Verhandlungsprozess mehr Transparenz  
36 über inhaltliche Details und eine bessere öffentliche Kommunikation über Chancen  
37 und Risiken dieses gerade für Europa so wichtigen Freihandelsabkommen.

38 Zum laufenden Verhandlungsprozess über noch zu klärende wichtige Details zu die-  
39 sem Abkommen wird der FDP-Bezirksvorstand OWL gebeten, eine Informationsver-  
40 anstaltung zum TTIPP-Projekt durchzuführen, um dieses vielschichtige Thema mit  
41 den Bürgern zu diskutieren.

42  
43 **Begründung:**



# BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE

## 25. März 2015

Seite 17

---

### Zeile

1 Die Zukunft von OWL, Deutschland und Europa wird entscheidend abhängen von  
2 ihrer Innovationsfähigkeit. Es gilt, dabei vor allem die Chancen neuer Kooperationen  
3 wahrzunehmen und nicht vorrangig Ängste zu schüren über „Chlorhühnchen“, Nah-  
4 rungsmittelstandards und Investor-Staat-Schiedsverfahren.  
5 Die von TTIPP erwarteten Wohlfahrtseffekte betreffen gemäß Studie von CEPS (Eu-  
6 ropean Policy Studies) bei einem umfassenden Abkommen – die Abschaffung von  
7 98 % aller Zölle, 25 % aller nicht-tarifären Handelsbarrieren im Güter- und Dienstleis-  
8 tungshandel und 50 % aller nicht-tarifären Handelsbarrieren im öffentlichen Beschaf-  
9 fungswesen. Langfristig könnten neue Arbeitsplätze in acht-stelliger Höhe in der EU  
10 entstehen.  
11 Von der erfolgreichen Ausgestaltung dieses Abkommens würde auch unsere wirt-  
12 schaftsstarke Region OWL mit ihren vielen international tätigen Unternehmen enorm  
13 profitieren. TTIPP zum Erfolg zu führen ist in unserem ureigenen Interesse, wenn  
14 unser Land und Europa im globalen Gefüge wettbewerbsfähig bleiben wollen.  
15 Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich.  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44

**BEZIRKSPARTEITAG DER FDP OSTWESTFALEN-LIPPE**  
**25. März 2015**

Seite 18

---

Zeile

1 **Antrag Nr. 13**

2

3

4 **Antragsteller: Kreisverband Minden-Lübbecke**

5

6 **Mehr Polizeiausbildung für NRW – Ausbildungskapazität erhöhen!**

7

8 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

9

10 Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, die Ausbildungskapazität bei der  
11 Polizei für Kommissaranwärterinnen und -anwärter auf 1.800 zu erhöhen, um dem  
12 drohenden massiven Personalverlust zu begegnen.

13

14 Begründung:

15

16 Bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen erreichen immer mehr Polizeibeamtinnen und  
17 Polizeibeamte, wie aus der Altersstruktur der Polizei in NRW hervorgeht, in Kürze  
18 das Pensionsalter. Derzeit werden jährlich 1.500 Anwärtinnen und Anwärter ein-  
19 gestellt.

20 Bleibt diese Zahl konstant, gehen allein aufgrund der Altersstruktur bis 2025 über  
21 3.700 Beamte mehr in den Ruhestand als gleichzeitig ausgebildete Anwärtinnen  
22 und Anwärter für den Polizeidienst zur Verfügung stehen. Der Personalverlust wird  
23 noch dramatischer, wenn auch etwaige Abgänge aus anderen Gründen mitgerechnet  
24 werden, wie sie beispielsweise durch das vorzeitige Ausscheiden aus dem Dienst  
25 aus gesundheitlichen Gründen ebenso vorkommen wie durch verstärkte Ausfallzei-  
26 ten in Folge von Elternzeit oder der Pflege naher Angehöriger. Prognosen der Ge-  
27 werkschaft der Polizei in NRW zufolge würde dann das Minus auf 4.300 Polizeibe-  
28 amte anwachsen. Dieses entspricht mehr als 10 Prozent aller Polizeidienstkräfte im  
29 Land.

30

31 Das Land muss seine Ausbildungskapazitäten erhöhen und verstetigen. Sowohl die  
32 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung als auch das Landesamt für Ausbildung,  
33 Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei müssen in die Lage versetzt  
34 werden, höhere Ausbildungskapazitäten bereitzustellen. Dies gilt auch für sämtliche  
35 Polizeibehörden, denen diverse Praxisaufgaben im Rahmen der Ausbildung zuge-  
36 wiesen sind.

37

38 Eine verstärkte Ausbildung und Personalgewinnung führt zu einer verbesserten,  
39 ausgewogeneren Altersstruktur bei der Polizei in NRW und sichert langfristig einen  
40 im Hinblick auf Kriminalitätsbekämpfung erforderlichen ausreichenden Personalbe-  
41 stand.

42

43 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

44

**Zeile**

1 **Antrag Nr. 14**

2

3

4

5 **Antragsteller: Kreisverband Minden-Lübbecke**

6

7 **Aus der Region und für die Region: Eine Reform des Landesbetriebs Stra-**  
8 **ßen.NRW darf nicht zulasten des Regierungsbezirks Detmold gehen!**

9

10 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

11

12 Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, bei der anstehenden Reform des  
13 Landesbetriebs Straßen.NRW den Standort Bielefeld als Regionalniederlassung  
14 festzulegen.

15

16 Begründung:

17

18 Der Landesbetrieb Straßen.NRW steht vor erheblichen Veränderungen. Die Neu-  
19 strukturierung umfasst die grundsätzliche Ausrichtung des Betriebes, betrifft aber  
20 auch wesentliche Standortfragen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Festlegung der zu-  
21 künftigen Regionalniederlassungen.

22

23 Die Region Ostwestfalen-Lippe benötigt eine funktionsfähige Verkehrsinfrastruktur.  
24 Planungen zum Ausbau neuer und Sanierung bestehender Verkehrswege und -netze  
25 benötigen einen regionalen Blick und erleichtern so die Festlegung von Prioritäten  
26 und Umsetzungen beschlossener Maßnahmen. Es ist nicht hinnehmbar, wenn die  
27 Regionalniederlassung Bielefeld ihren bisherigen Status einbüßen sollte – die Region  
28 Ostwestfalen-Lippe im Regierungsbezirk Detmold darf nicht zum möglichen Verlierer  
29 einer Reform des Landesbetriebs Straßen.NRW werden.

30

31 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

**Zeile**

1    **Antrag Nr. 15**

2

3

4

5    **Betr.: Inklusion**

6

7

8    **Antragsteller: KV Höxter**

9

10

11   **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

12    Inklusion darf die Qualität des Schulunterrichts nicht beeinträchtigen. Bildungsstan-  
13    dards müssen eingehalten werden.

14

15   **Begründung:**

16    Wir fordern ein differenziertes Schulsystem, das sich auch an den Leistungsstarken  
17    orientiert, Leistungsbereitschaft und -willen honoriert und hohe Bildungsstandards  
18    gewährleistet. Leistungsschwächeren muss die Hilfe gewährt werden, die sie benöti-  
19    gen, dies darf aber nicht zur Beeinträchtigung anderer Schülerinnen und Schüler füh-  
20    ren.

21    Inklusion verdient jede Unterstützung, eine aber dadurch hervorgerufene Qualitäts-  
22    minderung des Unterrichts und damit eine Herabsetzung von Bildungsstandards ist  
23    für die Liberalen in OWL nicht akzeptabel. Vor einer flächendeckenden Einführung  
24    der Inklusion sind die erforderlichen finanziellen und personellen Voraussetzungen  
25    zu schaffen, um einen ungestörten qualifizierten Unterricht für alle Schülerinnen und  
26    Schüler zu ermöglichen. Ein nur ideologisch begründetes Durchdrücken der Inklusi-  
27    on, welches die erforderlichen Rahmenbedingungen für einen Erfolg aller Schüler  
28    vernachlässigt, lehnen wir ab.

29

30    Weitere Begründung erfolgt mündlich.

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

Zeile

1 **Antrag Nr. 16**

2

3

4 **Antragsteller: Frank Schäffler**

5

6

7 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

8

9 **Staatliche Planwirtschaft verhindert – Energiewende stoppen!**

10

11

1. Die Energiewende in Deutschland war und ist ein Fehler. Sie greift tief in die Eigentumsrechte Einzelner ein und ist deshalb rechtsstaatlich bedenklich. Sie hat keinen ökologischen Nutzen, stattdessen verzerrt sie die Preise für Güter und Dienstleistungen in Deutschland durch überhöhte Energiekosten. Diese gefährden und vernichten Investitionen und damit Arbeitsplätze in Deutschland.

12

13

14

15

16

17

2. Die FDP stellt fest, dass es ein Fehler war, 2011 der Energiewende im Deutschen Bundestag zuzustimmen.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

3. Der Staat muss sich aus der Planung und Regulierung in der Energiewirtschaft zurückziehen und die Vorrangpolitik für Erneuerbare Energien aufgeben. Das Erneuerbare Energie-Gesetz ist daher ersatzlos abzuschaffen.

29

30

31

32

33

4. Die Energieerzeugung und –verteilung muss wieder ausschließlich marktwirtschaftlich durch das Angebot der Energieversorger und die entsprechende Nachfrage der jeweiligen Kunden entschieden werden.

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

**Begründung erfolgt mündlich!**

44

45

46

47

Zeile

1 **Antrag Nr. 17**

2

3

4

”  
**Kommunalpolitisches Netzwerk – Gemeinsam erfolgreich“**

5

6 Antragsteller: Kreisverband Bielefeld

7

8 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

9

10 Der Bezirksvorstand wird gebeten, ein kommunalpolitisches Netzwerk einzurichten,  
11 das sich an alle kommunalen Mandatsträger der FDP in OWL richtet. Ziel soll es  
12 sein, einen intensiveren Austausch zu initiieren, gemeinsame Initiativen zu starten,  
13 Informationen und Schulungen zu kanalisieren.

14 Eine weitere Ausgestaltung soll im Bezirksvorstand ausgearbeitet werden.

15

16 Begründung:

17 Jede Kommune, jeder Kreis hält ihre/seine spezifischen kommunalpolitischen He-  
18 rausforderungen bereit. Gleichwohl gibt es auch regional begründete Gemeinsamkei-  
19 ten, die im unmittelbaren Austausch zu gemeinsamen Aktivitäten führen können. Hier  
20 kann der Bezirksverband eine aktive Rolle einnehmen und unterstützen.

21

22 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42